Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 98 — **Dienstag, den 20. August 1929** — **31. Jahrg.**

Neues in Kürze.

*** Wenn auch der englische Schatzkanzler Snowden auf seinem Schein besteht, so ist doch noch nicht jegliche Hoffnung auf Verständigung mit den übrigen Mächten in der Frage des Verteilungsschlüssels geschwunden.**

*** Frankreich sucht durch neue Verschleppungsmanöver immer wieder die endgültigen Räumungstermine wohl in Hinblick auf die Schwierigkeiten im Finanzausschuß hinauszuzögern.**

*** Auf seiner bisher von Glück begünstigten Fahrt wird, um an Betriebsstoff zu sparen, „Graf Zeppelin" zeitweise mit nur drei Motoren in Gang gehalten.**

*** Bulgarien, hinter dem Italien schützend steht, hat beim Völkerbund energische Beschwerde gegen die serbische Regierung eingereicht.**

Der Bauernschreck des Abbruchs.

Die Krise im Haag.

⊠ Haag, 17. August.

Die Lage wird in Konferenzkreisen einstimmig als außerordentlich ernst bezeichnet. Die Möglichkeit eines Abbruchs der Konferenz ist durchaus in den Bereich der Möglichkeit gerückt. Die Vermittlungsverhandlungen hinter den Kulissen sind gescheitert.

Snowden hat unumwunden seiner Presse erklärt, die englische Abordnung würde Sonnabend abreisen, wenn nicht in der Sonnabendsitzung des Finanzausschusses die drei englischen grundsätzlichen Forderungen uneingeschränkt angenommen würden. Die Erregung ist überall groß. Auf belgischer und französischer Seite wird ein letzter Versuch gemacht, die Italiener zum Nachgeben zu bewegen, mit der Begründung, Italien hätte auf Grund des Youngplans weit größere Vorteile erlangt, als ihm ursprünglich zustanden. Es erscheint jedoch höchst unwahrscheinlich, daß die italienische Regierung von ihrem Standpunkt auf Grund der bekannten Mussolini-Erklärung in Senat in irgend einem Punkte abgehen und irgend welche Zugeständnisse machen wird.

Es wird nun der Gedanke erwogen, die Sonnabendsitzung des Finanzausschusses auf die nächste Woche zu vertagen, um wieder Zeit zu gewinnen. Sollte es jedoch zur Sonnabendsitzung kommen, so würde nach der Lage der Dinge die englische Delegation ihren Antrag, der die drei englischen Forderungen umfaßt, amtlich zur Aussprache stellen.

Der Antrag würde zweifellos abgelehnt werden, womit der Abbruch der Konferenz praktisch da wäre. In einem solchen Falle soll Anfang der nächsten Woche die Vollkonferenz zusammentreten und eine Vertagung zunächst auf unbestimmte Zeit beschlossen werden, jedoch mit der Festsetzung, daß die Organisationsausschüsse des Youngplanes in der Zwischenzeit ihre Arbeiten aufnehmen sollen. Ein neuer Zusammentritt der Konferenz würde dann für Oktober in Genf oder im Haag in Aussicht genommen werden.

Die deutsche Auffassung . . .

In Kreisen der deutschen Abordnung wird die Lage weit weniger pessimistisch beurteilt, als dies bei sämtlichen anderen Abordnungen der Fall ist. Man ist der Auffassung, daß ein Scheitern der Konferenz im Hinblick auf die außerordentliche Bedeutung der zur Verhandlung stehenden Fragen unmöglich sei und daß keine Regierung hierfür die Verantwortung auf sich nehmen werde.

Nach wie vor ist festzustellen, daß eine Einigung in den finanziellen Fragen jeden Augenblick möglich ist, falls Frankreich sich zu Zugeständnissen bereitfindet. Das ist tatsächlich der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Krise. Ob er beschritten werden wird oder nicht, hängt jetzt von der endgültigen Stellungnahme der französischen Regierung ab.

. . . und unsere Belange?

Die Hauptfragen dieser Konferenz, die endgültige Räumung der Rheinlande und die Saarfrage sind durch die englisch-französische Krise völlig in den Hintergrund gerückt worden. Wenn jetzt nicht in letzter Stunde von deutscher Seite mit aller Entschiedenheit die Forderung in den Vordergrund gerückt wird, daß unabhängig von dem Scheitern oder Nichtscheitern der finanziellen Fragen die Konferenz zu endgültigen Beschlüssen in der Rheinlandfrage kommen muß, so ist nicht abzusehen, welche Form überhaupt eine Entscheidung über die Rheinlandräumung haben wird.

Die Lage, in der sich Deutschland auf der Konferenz befindet, ist außerordentlich bedenklich. Der Streit zwischen England und Frankreich kann für Deutschland in keiner Weise irgend einen Nutzen bringen. Es scheint daher jetzt der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo auf deutscher Seite die Initiative ergriffen werden muß.

Dialog Stresemann—Briand.

Dr. Stresemann und Briand hatten eine Besprechung, die 1¼ Stunde dauerte. Ueber den Inhalt der Unterredung wird von deutscher Seite folgendes mitgeteilt:

Die beiden Minister haben sich über die Konferenz, ihren gegenwärtigen Stand und über alle damit zusammenhängenden Fragen einschließlich der finanziellen Fragen unterhalten. Es wurde ferner die weitere Prozedur der Verhandlungen und die Notwendigkeit einer weiteren Fortsetzung der Beratungen erörtert. Minister Briand teilte Dr. Stresemann mit, daß er sich in ständigen Besprechungen mit seinen Herren bezüglich der Bekanntgabe des Endtermines der Rheinlandräumung befände und sich bemühe, diesen Termin möglichst bald mitteilen zu können. Es wird ferner mitgeteilt, daß die Räumung der zweiten Zone zu einem früheren Zeitpunkt eintreten werde, als man bisher erwartet hat. Es wird auch eine Aussprache zwischen Dr. Stresemann und dem englischen Außenminister Henderson stattfinden.

*

Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß zwischen den beiden Außenministern auch die Frage der Fortsetzung der politischen Verhandlungen erörtert worden ist. Wie bekannt, wurde in der letzten Beratung der vier Besatzungsmächte vereinbart, daß die Abordnungen Englands, Frankreichs und Belgiens am Sonnabend den Termin der endgültigen Räumung bekanntgeben würden.

Londoner Stellungnahme zu den Ereignissen.

⊙ London, 17. August.

Auf Grund der aus dem Haag vorliegenden Berichte beurteilt man in maßgebenden Kreisen Londons die

Möglichkeiten einer Einigung

in letzter Minute sehr zurückhaltend. In Uebereinstimmung mit der englischen Haltung bei allen solchen Gelegenheiten vermeidet man es, sich durch Extreme optimistischer wie pessimistischer Art beherrschen zu lassen, doch ist unverkennbar, daß die Unterbrechung der Konferenzarbeiten nicht mehr überraschen würde.

Die Stellung zu den Finanzfragen

wird hierdurch fürs erste nicht beeinflußt. Auch für später ist ein Frontwechsel unwahrscheinlich. In den politischen Fragen ist die Entwicklung gleichfalls eindeutig. Es besteht kein Grund, etwa anzunehmen, daß England nach dem Scheitern der Konferenz sein Räumungsversprechen nicht durchführen werde.

Die Sonderräumung

gilt zwar nach wie vor als eine wenig befriedigende Lösung, daß sie aber, wenn ein anderer Ausweg nicht mehr bleibt, erfolgen wird, erscheint sicher. In beiden Fragen hat ein negativer Ausgang der Haager Konferenz für die englische Regierung gewisse taktische Nachteile. Sachlich ist ihre Stellung aber so stark, daß alle Hoffnungen,

die Zermürbungstaktik

werde schließlich doch Erfolg haben, eine sehr gewagte Spekulation darstellt. Die weitere Entwicklung läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Macdonalds Anwesenheit in Genf während der Herbsttagung würde wahrscheinlich neue Momente bieten. Jeder Versuch eines Ausspielens seiner Person gegen Snowden und Henderson müßte aber mit einem Fehlschlage enden.

Der Danziger Salut.

Polens Stellung zu Danzig bedarf der Klärung.

+ Danzig, 17. August.

Der Zwischenfall bei dem Besuch eines italienischen Geschwaders in Danzig, wo der polnische Vertreter dem Senatspräsidenten den Anspruch auf die einem Staatsoberhaupt zukommenden 21 Salutschüsse abstritt und wo eine peinliche Komplikation nur durch das Einlenken der Danziger Regierung vermieden wurde, hat ein diplomatisches Nachspiel.

Der polnische diplomatische Vertreter in Danzig hat an den Danziger Senat eine Note gerichtet, in der er einzulenken versucht und erklärt, daß seine Haltung sich nicht auf die Verfassung oder das Statut der Freien Stadt Danzig beziehe, womit er offenbar sagen will, daß der polnische Einspruch keine Anzweifelung der staatlichen Souveränität Danzigs habe darstellen sollen. Die polnische Note macht dann den Vorschlag, mit dem ihr allerdings Danzig bereits vorausgegangen ist, die Entscheidung über diese strittige Frage dem Kommissar des Völkerbundes zu übertragen.

*

Wenn die polnische Note mit der Wendung schließt, Polen würde sich einem grundsätzlichen Verzicht Danzigs auf derartige Ehrenbezeugungen durch Kriegsschiffsalut gern anschließen, so ist das eine recht nette und von der Einsicht in die polnische Ueberspannung der Angelegenheit zeugende Wendung. Nachdem aber einmal durch das in einem peinlichen Moment erfolgte schroffe Auftreten des polnischen Vertreters die grundsätzliche Frage der Danziger Staatssouveränität zur Diskussion gestellt worden ist, wird es nötig sein, unter richtiger bescheidener Einschätzung des Einzelfalles diese Frage auch ein für allemal grundsätzlich zu klären, worauf Danzig gerade Polen gegenüber mit Recht Wert legt.

Parteien und Arbeitslosenversicherung

Neue interfraktionelle Verhandlungen.

⊙ Berlin, 17. August.

Die Verhandlungen der Fraktionsführer mit den in Berlin verbliebenen Mitgliedern der Reichsregierung, die in der Reichskanzlei stattfanden, haben die Arbeitslosenversicherungsreform nicht voran geführt, doch ist eine Klarheit über die gegenwärtige Situation geschaffen worden. Diese Situation wird dadurch gekennzeichnet, daß der Reichsarbeitsminister einen

Entwurf der Reichsregierung

vorgelegt hat, der in einer Anzahl von Punkten hinter den Beschlüssen des Sachverständigenausschusses zurück bleibt, und der infolgedessen, um das finanzielle Loch stopfen zu können, eine Beitragserhöhung von ¾ Prozent vorschlagen mußte. Dieser Entwurf hat im Kabinett keine Annahme gefunden, und zwar haben sich auch die Zentrumsminister gegen den Entwurf ausgesprochen. Das Kabinett war aber weiterhin der Auffassung, daß eine vorgeschlagene Vertagung der ganzen Angelegenheit bis nach der Haager Konferenz untragbar sei, und infolgedessen wurde beschlossen,

die Fraktionsführer der Regierungsparteien

zusammenzurufen. Auch der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses, der Zentrumsabgeordnete Esser, versagte sich den Vertagungswünschen, sondern bestand auf der Einberufung des Sozialpolitischen Ausschusses, der aber vor der Hand politische Entscheidungen noch nicht fällen kann, da jetzt erst die Führer der Fraktionen miteinander Fühlung zu nehmen haben.

Es ergibt sich die merkwürdige Lage, daß der Reichsarbeitsminister zwar einen Entwurf in der Tasche hat, den er aber nicht vertreten kann, da das Reichskabinett sich nicht hinter diesen Entwurf gestellt hat. Die beiden Hauptschwierigkeiten, über die jetzt eine Einigung erfolgen muß, ist die Frage der Saisonarbeiter und der allgemeinen Herabsetzung der Leistungen.

Selbst wenn ein Kompromiß geschlossen werden sollte, das eine Beitragserhöhung statt ¾ Prozent um ½ Prozent vorsieht, so besteht doch leider darüber kein Zweifel, und diese Auffassung wurde auch von finanzpolitischer Seite bestätigt, daß es sich dann **nicht nur um eine vorübergehende Heraufsetzung der Beiträge handele, sondern es muß damit gerechnet werden, daß dann diese Beiträge auch für das Jahr 1930 bestehen bleiben werden.** In der Fraktionsführersitzung erstattete überdies an Stelle des sozialdemokratischen Finanzministers Hilferding Staatssekretär Popitz einen Bericht über

die Finanz- und Kassenlage des Reiches

Er wies u. a. darauf hin, daß, falls die Haager Konferenz uns finanzielle Erleichterungen bringen würde, über einen großen Teil schon vorweg disponiert werden müsse, da das Defizit des Reichshaushalts, das von 1928, spätestens im nächsten Jahr gedeckt werden müsse. Dieses Defizit beträgt 154 Millionen Mark. Weiterhin wird das Defizit des gegenwärtigen Rechnungsjahres auf 260 Millionen Mark geschätzt. Es muß aber unter Umständen auch noch mit größeren Summen gerechnet werden.

Das Saarmemorandum.

Gruben, Zollunion und Frankenwährung.

= Saarbrücken, 17. August.

Das deutsche Memorandum zur Regelung der Saarfrage behandelt zunächst den Rückkauf der Saargruben durch Deutschland. Hierbei kommt in Betracht die Anlage zum Versailler Vertrag, in der bestimmt ist, daß Deutschland bei der Rückkehr des Saargebiets die Eigentumsrechte Frankreichs auf die Bergwerke zurückzukaufen hat. Ein weiterer Punkt behandelt das zoll- und handelspolitische Uebergangsregime, da es erforderlich ist, das Saargebiet aus der Zollunion mit Frankreich zu lösen, in der es jetzt steht, und da weiterhin die Ablösung der französischen Frankenwährung durch die Markwährung vorgenommen werden mußte.

Im Versailler Vertrag ist zwar für die Regelung der Rückkaufsfrage eine Kommission aus drei Sachverständigen vorgesehen, aber diese Bestimmungen des Versailler Vertrages gelten ohnehin als überholt und für die Ueberlastung der Zoll- und Währungsverhältnisse bestehen überhaupt keine Bestimmungen, da die Einführung der Frankenwährung und die Eingliederung des Saargebiets in das französische Zollgebiet erst in späteren Jahren vorgenommen worden ist.

Snowdens Ultimatum.

Kompromiß, aber kein Krach.

⊙ Berlin, 18. August.

Es hat noch keine politische Konferenz gegeben und auch noch keine wirtschaftliche, bei der nicht ein paar Tage lang die Dinge auf des Messers Schneide standen.

Auf Biegen oder Brechen.

Man erinnert sich, daß bei der Sachverständigenkonferenz in Paris die Kabel bereits das Scheitern verkündeten und daß dann doch noch der Weg zurückgefunden wurde, der schließlich zum Ziel geführt hat. Zwischen Paris und dem Haag gibt es eine entscheidende Parallele: auch die Gläubiger können ebenso wenig wie der Schuldner Deutschland ein Scheitern der Konferenz vertragen. Sie stehen unter dem Zwang, zu jener Liquidierung zu kommen, die Frankreich zur Parole gemacht hat. Die Situation, so verfahren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819290820-12/fragment/page=0001

Sie sein mag, ist klar. Snowden zeigte sich unnachgiebig. Frankreich, Belgien, Italien und Japan sollten sich über die Zugeständnisse einigen, die

die Erfüllung der englischen Wünsche

ermöglichen. Die Berichte aus dem Haag sprachen von einer Verschärfung der Krise, von einer entschiedenen Weigerung der Italiener, von der Möglichkeit einer Vertagung der Konferenz und von einer sehr eingehenden, vertraulichen Aussprache zwischen Briand und Stresemann. Kompromiß oder Krach, eine andere Wahl hatten die Staatsmänner nicht. Auch Snowden nicht.

Man hat das Kompromiß gewählt.

Snowden hat nicht erreicht, was er nach außen hin als Ziel aufgesteckt hatte, und Frankreich, Italien und Belgien konnten nicht alles verweigern, was sie dem englischen Verbündeten von gestern bisher abgelehnt hatten. Sorge der deutschen Delegation ist es, dieses Kompromiß nicht auf dem Rücken Deutschlands auszutragen. Das Kompromiß, das auf Kosten Deutschlands geschlossen wurde, ist bereits in Paris zustande gekommen! Wenn man in Paris wie in London entscheidendes Gewicht darauf legt, daß der Youngplan seine Garantien in sich selbst trägt, dann dürfen Deutschland nicht neue Lasten aufgebürdet werden.

Nötigenfalls wird die deutsche Delegation, die sich klugerweise aus dem Streit der Gläubiger vorläufig ausgeschaltet hat, darüber noch einmal etwaige Zweifel ausräumen müssen.

Daneben bleibt die Räumungsfrage. Briand hatte auch hierfür bis Sonnabend eine klare Antwort Frankreichs in Aussicht gestellt. Will er sie doch noch verschleppen? Wie soll man es verstehen, daß er bei der Besprechung mit Stresemann die Nennung seines Termins als möglichst bald bevorstehend genannt hat? Eine Woche noch, und die Minister stehen vor der Entscheidung, ob sie im Haag bleiben und weiterverhandeln wollen oder ob sie nach Genf abreisen. Briand hat diese Abreise bereits angekündigt. Soll das heißen, daß er bis dahin fertig sein will? Soll das heißen, daß man

die großen Kernprobleme

bis dahin gelöst zu haben glaubt, um dann getrost das Feld den Organisationskomitees zu überlassen, um es noch einmal zu einer Schlußapotheose zu betreten? Die Antwort hierauf kann nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Eine Viermächte-Note an Snowden, . . .

✠ Haag, 17. August.

Der englischen Abordnung ist eine Note der vier Mächte Frankreich, Belgien, Italien und Japan überreicht worden, die die finanziellen Vorschläge dieser vier Mächte zu den englischen Forderungen enthält.

Der belgische Ministerpräsident Jaspar war im Laufe des Tages zweimal bei Snowden. Die Note der vier Mächte soll im wesentlichen auf den Vorschlag hinauslaufen, endlich die englischen Sachverständigen und die der vier übrigen Mächte zusammenzurufen, die dann praktische Vorschläge für eine Einigung ausarbeiten sollen. Der Vorschlag der vier Mächte soll ferner grundsätzlich den Spa-Schlüssel in Höhe von 22 Prozent für den englischen Anteil an den deutschen Tributzahlungen anerkennen.

. . . die England ablehnt, aber es will weiter verhandeln.

Die schriftliche Antwortnote des englischen Schatzkanzlers Snowden auf das Viermächte-Memorandum ist durch Vermittlung des belgischen Sachverständigen Francqui der französischen Abordnung übermittelt worden. In dieser Antwortnote soll erklärt werden, daß das Angebot der vier Mächte für England nicht genügend sei, doch sei die englische Regierung bereit, die Verhandlungen mit den vier Mächten fortzusetzen.

In Kreisen der englischen Abordnung wird jetzt die Auffassung vertreten, daß ein endgültiger Abschluß der Konferenz im Haag unmöglich sei und eine Vertagung der Verhandlungen während der Genfer Völkerbundsversammlung ins Auge gefaßt werden könnte, jedoch würde der englische Ministerpräsident Macdonald in Genf dem französischen Ministerpräsidenten Briand die gleichen Forderungen übermitteln, die der englische Schatzkanzler Snowden auf der Haager Konferenz vertreten habe.

Befürchtungen in London.

Die Ereignisse im Haag finden in den Morgenblättern stärkste Beachtung. Zum ersten Mal taucht eine leise Befürchtung auf, daß auch Deutschland sich in den inzwischen als eine gegebene Tatsache erachteten antienglischen Block einreihen könnte.

Ueber die weiteren Schritte der englischen Abordnung besagt eine inspirierte Reuter-Meldung aus dem Haag, daß dem belgischen Ministerpräsidenten Jaspar auf das letzte Angebot mündlich klar gemacht worden sei,

daß Snowden den Vorschlag als nicht befriedigend ansehe.

Es verlautet, daß eine schriftliche Antwort dieses Inhalts an Jaspar erteilt werden wird. Weiterhin wird aus der Umgebung Snowdens versichert,

daß der Schatzkanzler unbedingt fest bleiben werde.

Verschleppungstaktik in der Räumungsfrage.

✠ Haag, 18. August.

Der juristische Ausschuß, der sich mit der Frage der Vergleichs- und Feststellungskommission befaßte, trat Sonnabend erneut zusammen. Ein materieller Fortschritt ist in den Verhandlungen jedoch ebenso wenig erfolgt, wie in den bisherigen Beratungen, doch besteht der Eindruck, daß der englische Vorschlag, eine Unterkommission des Völkerbundsrates einzusetzen, jetzt stark in den Hintergrund gerückt ist.

Es besteht allgemein der Eindruck, daß die Bekanntgabe der Räumungstermine, die ursprünglich am Sonnabend erfolgen sollte, auch auf der für Montag vorgesehenen Besprechung der vier Besatzungsmächte nicht stattfinden wird. Die französische Verschleppungstaktik scheint jetzt darin zu bestehen, daß Briand darauf hinweist, die ihm vorliegenden Vorschläge des französischen Generalstabes hinsichtlich der Räumungstermine könnten von ihm nicht vertreten werden. Eine Hinausögerung der Entscheidung wäre daher erforderlich. Hinter dieser Taktik dürfte sich jedoch lediglich die von Briand vom ersten Tage der Konferenz an vertretene Auffassung verbergen, daß eine endgültige Festsetzung der Räumungstermine ohne eine im französischen Sinne erfolgte Klärung der finanziellen Fragen vollständig undenkbar sei.

Die Ministerbesprechung am Montag wird daher angesichts der heute jedenfalls wenig aussichtsreichen Lage der finanziellen Verhandlungen nur zu einer neuen Hinausschiebung der endgültigen Räumungsentscheidung auf unbestimmte Zeit führen können.

Sofia beschwert sich . . .

Im Hintergrund Herr Mussolini.

Sofia, 18. August.

Die Verhandlungen zwischen Sofia und Belgrad nehmen ein sehr schleppendes Tempo an, offenbar infolge des Wunsches der jugoslawischen Regierung, die Dinge zu verschleppen und damit eine Behandlung der Streitfragen auf der Septembertagung des Völkerbundes zu umgehen. Bulgarien aber legt auf Aussprache und Klärung vor dem Genfer Forum mit Recht besonderen Wert, und man beabsichtigt daher in Sofia eine Beschwerde an den Völkerbund, den man auf die Wichtigkeit der Angelegenheit und auf die Notwendigkeit ihrer Einbeziehung in das Septemberprogramm hinweisen will.

Bulgarien hat für ein solches Vorgehen die Unterstützung Italiens, in dessen Presse die Ereignisse in Macedonien in letzter Zeit bemerkenswert viel Raum einnehmen, und in einer Weise kritisiert werden, die sehr deutlich gegen Jugoslawien gerichtet ist. Diese italienische Pressepolemik jetzt gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt gewiß nicht zufällig ein, sondern ist ein Mittel der römischen Politik, die offenbar wieder einmal einen günstigen Augenblick erkannt hat, Jugoslawien Schwierigkeiten zu machen. Man hat in Italien seinerzeit mit der Bereitelung der jugoslawischen Anleihe in England durch eine geschickte Pressekampagne so guten Erfolg gehabt, daß man offenbar die jetzige Situation ebenfalls nutzbringend im Sinne der italienischen Adriapolitik ausnutzen zu können hofft.

Arbeitslosen- und Krankenversicherung.

Möglichkeit neuer Ersparnisse.

Berlin, 18. August.

Nach den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes sind die Arbeitslosen Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkassen, in deren Bezirk ihr Wohnort oder ihr Aufenthaltsort liegt. Die Beiträge für die Krankenversicherung werden aus Mitteln der Reichsanstalt bestritten. Diese Beiträge sind ziemlich erheblich. Sie beziffern sich im Jahre auf 90 Millionen Mark. Bei den Beratungen des Sachverständigenausschusses ist nun aber erörtert worden, da keine große Ersparnismöglichkeit besteht, wenn der Satz, der für den Krankenkassenbeitrag zu zahlen ist, gesenkt wird. Diese Senkung ist an sich durchaus berechtigt, weil festgestellt worden ist, daß die Krankenkassen durch die Verkuppelung mit der Arbeitslosenversicherung ein sehr gutes finanzielles Geschäft gemacht haben. Es muß dabei u. a. berücksichtigt werden, daß die Krankenkassen auch insofern eine Entlastung erfahren haben, als die Arbeitslosen sich jetzt nicht mehr wie früher im Falle der Arbeitslosigkeit krank melden. Es ist den Arbeitslosen selbstverständlich angenehmer, Arbeitslosenunterstützung zu beziehen als Krankengeld.

Die Krankenkassen haben zuerst nicht zugeben wollen, daß sie durch die Verbindung mit der Reichsanstalt einen finanziellen Gewinn gehabt haben. Sie haben dann aber später selbst diesen Gewinn auf 9 Millionen Mark beziffert; in Wirklichkeit ist er aber viel größer und beträgt rund 30 Millionen Mark. Der Reichsarbeitsminister Wissell hat auch in seinem Reformentwurf diese Ersparnismöglichkeit berücksichtigt, aber in zu eng begrenztem Umfange. Hier werden die Ersparungen nur auf 18 Millionen Mark berechnet.

Angesichts der gegenwärtigen Beratungen verdient besondere Beachtung ein Angebot von privater Seite, das in den nächsten Tagen den amtlichen Stellen vorgelegt werden soll und das weitere Ersparnismöglichkeiten eröffnet. Im Arbeitslosenversicherungsgesetz ist vorgesehen, daß die Verwaltungsausschüsse der Arbeitsämter beschließen können, daß an Stelle der zuständigen Krankenkasse auch andere Krankenkassen treten können, die in dem Bezirk ihren Sitz haben und deren Leistungen denen der eigentlich zuständigen Kasse mindestens gleichwertig sind.

Zur Zehnjahrfeier des oberschlesischen Aufstandes. Der polnische Staatspräsident begab sich zu einem eintägigen Aufenthalt nach Kattowitz. Auch der Handelsminister Sladkowski nahm an der Zehnjahrfeier des oberschlesischen Aufstandes teil und hielt bei dieser Gelegenheit eine Rede.

Japan in Erwartung.

Zeitweise Luftfahrt mit nur drei Motoren.

Berlin, 18. August.

Auch auf seinem Weiterflug über sibirisches Gebiet wurde das deutsche Großluftschiff sehr vom Glück begünstigt. Es hatte bereits nach einem Zeitraume von nur anderthalb Tagen ein Drittel des Weges bewältigt. Wiewohl sich der Luftriese in Rußland mehrfach mit recht ungünstigen Wetterverhältnissen abzufinden hatte, ist der in Friedrichshafen festgelegte Fahrplan glatt eingehalten worden. Die Leistungen des Luftschiffes, die ohnedies schon außerordentlich erstaunlich wären, überraschen aber noch umso mehr, weil Dr. Eckener aus Gründen, die mit Problemen fachtechnischer Natur zusammenhängen, vielfach nur mit drei Motoren das Luftschiff in Gang halten läßt. Es war bekanntlich ja auch schon von dem Start ausdrücklich erklärt worden, daß mit Absicht nicht die volle Leistung der Motore herangezogen werden soll, da bei dieser Fahrt vor allem auch noch eine Reihe fachtechnischer Fragen näheren praktischen Versuchen unterstellt werden.

Da naturgemäß in manche Teile Sibiriens die Kunde von der Fahrt des Luftschiffes nicht vorgedrungen war, sah man an vielen Stellen die Leute, als sie des „Ungetümes" ansichtig wurden, wie wild davonstürzen, da man wohl glaubte, ein „Gespenst" oder gar noch etwas Schlimmeres über sich zu haben. Möglicherweise hat man diese höchst ungewöhnte, merkwürdige Erscheinung auch als nahes Anzeichen für den — Weltuntergang gedeutet . . .

Nachdem der Ural in glatter Fahrt überquert war, nahm der „Graf Zeppelin" Kurs nach Ostsibirien, um die günstigen Windverhältnisse auszunützen und um anscheinend auch Betriebsstoff zu sparen. Flieger der Abteilung der Ossoaviachim, die dem Luftschiff aus Tobolsk entgegengeflogen waren, berichteten, daß das Luftschiff in einer Höhe von etwa 1000 Metern über den Ob wieder mit vier Motoren geflogen sei.

Ein Taifun zu erwarten?

Unsichere Wetterlage über Japan.

Die Wetterlage über Japan ist durchaus unsicher, da nach den letzten Sturmtagen ein neuer Taifun von den Philippinen aus im Anzuge ist. Man erwartet das Luftschiff mit größter Spannung. Die Behörden trafen bereits mit dem Marineministerium die sämtlichen erforderlichen Vorbereitungen. Der Flugplatz bei Tokio ist sorgfältigst in Stand gesetzt worden. Festlichkeiten sind zunächst für zwei Tage von seiten der Behörden, der Stadt, der Presse und der deutschen Botschaft vorgesehen. Auch der Kaiser von Japan soll beabsichtigen, Dr. Eckener zu empfangen.

Unser Sonnenschein

Roman von Erich Ebenstein

Nachdruck verboten.

11. Fortsetzung.

„So bald als möglich. Und nun geh' — laß mich allein! Ich habe für heute wirklich genug!"

„Lieber Christian, ich hoffe nicht, daß du mir böse bist —."

„Geh' — geh' — merkst du nicht, daß ich allein sein will?" stößt er heftig heraus.

Frau Alma Biegler macht ein beleidigtes Gesicht, nimmt schweigend Hut und Schal und verläßt mit kurzem Gruß das Gemach.

Sausenwein ist auf eine Bank gesunken, stützt den Kopf in die Hand und schließt die Augen. Sein Gesicht ist sehr blaß, ein bitterer Ausdruck entstellt es. Er fühlt sich plötzlich müde und alt. Die schwüle Luft im Zimmer bedrückt ihn. Er steht auf, um ein Fenster zu öffnen. Er will auch nach Gloria rufen, denn er fühlt ein seltsames Unbehagen, aber als er ein paar Schritte tut, muß er sich wieder setzen. Alles dreht sich vor ihm im Kreise —

Nach einigen Minuten vergehen der Schwindel und auch das Unbehagen. Nur die Schwere und Müdigkeit bleiben in den Gliedern.

Er seufzt tief auf.

„Sie hat recht," murmelt er beklommen, „ich werde alt — alt! Es ist wohl Zeit, Ordnung zu machen. Obwohl — gar so dringend ist es nicht, denn ein Weilchen wird mir der Herrgott wohl noch das Leben gönnen!"

VI.

Der Stadträtin verstauchter Fuß hindert sie länger am Ausgehen, als sie anfangs gemeint.

Der Arzt verordnet Bettruhe. Aber davon will Frau Sabine durchaus nichts wissen, angeblich weil sie die erst kürzlich neu eingetretene Köchin nicht ohne Aufsicht lassen kann.

In Wahrheit wirken ganz andere Gründe bestimmend. Sie hat nämlich vor einigen Wochen bemerkt, daß Hanna Arthold, die einzige Tochter des Obergerichtsrats Arthold, der im selben Hause wohnt, ein Auge auf Alfred geworfen hat und sich in auffallender Weise um ihre Gunst bemüht.

Sie bringt der Stadträtin zuweilen Blumen, kommt gern in der Dämmerung auf ein Plauderstündchen — wobei dann Alfred stets das Hauptthema bildet — und ist unerschöpflich im Erfinden von Vorwänden, Frau Lott aufzusuchen.

Indes, so intim ist man doch noch nicht, daß die Stadträtin die junge Dame im Bett empfangen könnte. Dagegen bietet das Liegen auf dem Sofa eine gute Gelegenheit für Hanna Arthold, der Stadträtin vorzulesen und sich so stundenlang bei ihr aufzuhalten.

Diese Gelegenheit will ihr Frau Sabine durchaus nicht entziehen, denn es ließ sich mit einigem Geschick so einrichten, daß Alfred seiner Mutter Gesellschaft leistet, was meist gegen Abend der Fall ist.

Sie ist ganz die Schwiegertochter, die sich Frau Lott immer gewünscht hat: ruhig, vornehm, fügsam, aus angesehener Familie und wohlhabend.

Die Stadträtin ist überzeugt, daß es nur der Gelegenheit bedarf, die jungen Leute einander näher zu bringen, darum ist sie durchaus nicht zu bewegen, ihren Fuß im Bett auszukurieren.

Allerdings kann gerade jetzt Alfred nicht in dem von der Stadträtin gewünschten Ausmaße an diesen gemütlichen Plauderstunden mit Fräulein Arthold teilnehmen, denn draußen in Sabinenheim haben die Arbeiten bereits begonnen, und er verbringt den größten Teil seiner freien Zeit draußen, um die Arbeiten zu überwachen.

Bezüglich der Gärtnerei ist noch nichts entschieden — oder vielmehr Frau Lott hat im stillen längst entschieden und gedenkt durchaus nicht, von ihrem ursprünglichen Entschluß abzugehen.

Es geht gegen Mittag. Die Stadträtin ist, auf dem Sofa liegend, damit beschäftigt, Tapetenmuster für die Zimmer im Sabinenheim auszusuchen, als ihre Tochter Renate zu Besuch kommt.

Renate Merkl gleicht ihrer Mutter, die nie anmutig oder hübsch gewesen ist, gar nicht. Sie hat ein sehr regelmäßiges Gesicht, blendende Farben und große, auffallend schöne Augen, wenn diese auch meist kühl und selbstbewußt dreinblicken.

Wie immer, wenn sie zur Mutter kommt, beginnt sie auch heute, gleich, nachdem sie sich flüchtig nach der Stadträtin Befinden erkundigt hat, mit Klagen über ihren Mann, ihre Schwiegermutter und das einsame Leben in der Villa Merkl, seit die Schwiegereltern alterten und Papa Merkl alle Augenblicke an irgendeinem anderen Unwohlsein leide. Unzufrieden ist Renate eigentlich immer gewesen. Seit einiger Zeit aber gefällt sie sich in der Rolle der unverstandenen, unglücklichen Frau.

Otto Merkl hat sie aus Liebe geheiratet; ihre Gefühle für ihn waren aber seinerzeit stark mit Berechnung gemischt, denn Merkls galten für sehr reich.

Man munkelte nun zwar, das einst bedeutende Vermögen des Oberbaurates habe im Laufe der Jahre stark abgenommen — hauptsächlich durch den Aufwand, den er seiner zweiten Frau, einer geborenen Baronesse Seltenheim, zuliebe triebe.

Von diesem „Aufwand" nun merkte Renate nach ihrer Behauptung recht wenig. Man lebte gut, hatte öfter Gesellschaften, machte aber an Vergnügungen nicht mehr mit, als eben in anderen gut bürgerlichen Kreisen. Von den glänzenden Festen, die der Oberbaurat früher seiner Gemahlin zu Ehren veranstaltet haben sollte, von Reisen, Badeaufenthalten usw., wie Renate sie ersehnt hatte, war nicht mehr die Rede, obwohl Frau Sephine, einst anerkannt die erste Schönheit der Stadt, noch heute eine sehr gut aussehende, liebreizende Frau war.

Otto, Renates Mann, der beruflich stark beschäftigt war, machte sich zudem gar nichts aus Festen.

„Ueberspanntheiten und Sentimentalität liegen mir nicht," sagte er trocken, wenn Renate ihm vorwarf, daß er faul und bequem geworden sei und sich doch ein Beispiel an den galanten Huldigungen nehmen solle, die andere Männer ihrer Schönheit zollten.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819290820-12/fragment/page=0002

Aus der Heimat und dem Reiche.

Kemberg, den 19. August 1929

* **Die Gewinnliste der Magdeburger Lotterie** ist eingetroffen und kann in unserer Geschäftsstelle eingesehen werden.

* Die Einführung des neuen Generalsuperintendenten der Provinz Sachsen findet am Donnerstag, den 5. September, nachm. 5 Uhr, durch den Herrn Geistlichen Vizepräsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates im Dom zu Magdeburg statt. Pfarrer Eger in Berlin-Dahlem wurde durch Bestellung des Kirchensenates vom 1. Mai 1929 zum Generalsuperintendenten des südwestlichen Sprengels der Provinz Sachsen ernannt. Sein Amtsantritt erfolgt am 1. September 1929. Das Evangelische Konsistorium der Provinz Sachsen veranlaßt die Herren Geistlichen der Provinz, die Ernennung des Herrn Generalsuperintendenten in der üblichen Weise unter Dank und Fürbitte im Gottesdienst am 1. September bekannt zu machen. Im Anschluß an die Einführung finden sich die Herren Superintendenten und Superintendenturvertreter des Südwestsprengels am folgenden Tage zu einer Besprechung zusammen.

* Bei Erntehilfsarbeiten verunglückte die jüngste Tochter des Landwirts Otto Besigk dadurch, daß ihr der beladene Erntewagen über den Fuß fuhr und 3 Zehen quetschte. — Dem Sohn des Landwirts Willi Schmidt drang ein Strohhalm unter dem Nagel in den Finger, wodurch eine sehr starke Entzündung hervorgerufen wurde. In beiden Fällen mußte ärztliche Hilfe in Anspruch genommen werden.

* Am Sonnabend nachmittag schien es fast, als ob sich über Kemberg ein tüchtiges Unwetter entladen würde. Glücklicherweise bekamen wir nur den Ausläufer mit dem so dringend nötigen Regen. Die ganze Schwere des Unwetters entlud sich über Düben, Kleinzerbst usw. Durch orkanartigen Sturm, Gewitter und wolkenbruchartige Niederschläge. In Kleinzerbst schlug der Blitz zunächst in die Windmühle und zündete, gleich danach traf der Blitzstrahl einen Diemen, der ebenfalls in Flammen aufging. Durch Blitzschläge wurden weiterhin noch eine Reihe von Bäumen zerschmettert.

* Der Landwirt Merker-Gaditz, fand auf seinem Felde, einen Halm mit 3 Aehren. Er hat denselben als Kuriosum aufgehoben.

* Ein Urteil, das für viele kleine Städte von grundsätzlicher Bedeutung sein dürfte, wurde vom preußischen Kammergericht gefällt. Die Stadt Jessen hat ein Ortsstatut erlassen, das alle gesunden Männer zwischen 20 und 45 Jahren zur Hilfeleistung bei Bränden und zur Teilnahme an Feuerlöschübungen verpflichtet. Vor einiger Zeit konnte nun ein solcher Pflichtfeuerwehrmann an einer solchen Uebung, die rechtzeitig durch die Ortspresse bekannt gemacht worden war, nicht teilnehmen, weil er mit seinem Auto ins Hochwasser der Elbe geraten war und Störungen am Motor hatte. Es wurde, da es freisteht, einen Ersatzmann zu stellen, an seiner Stelle ein Lehrling seiner Autowerkstatt zu der Uebung geschickt. Der Lehrling genügte aber der Feuerwehr nicht, und sie erstattete Anzeige gegen den nicht erschienenen Pflichtfeuerwehrmann. Dieser wurde in Jessen vom Amtsgericht freigesprochen. Die Berufung des Staatsanwaltes kam vor das Kammergericht. Dieses hielt den Freispruch aufrecht, denn der Angeklagte habe weder vorsätzlich noch fahrlässig gehandelt, und die Stellung des Lehrlings als Ersatz für ihn sei zulässig gewesen, woraus hervorgeht, daß der bei Feuerwehrübungen gestellte Ersatzmann besonderen Anforderungen nicht zu genügen braucht.

* **Turnsport.** Bei dem am gestrigen Sonntag stattgehabten Wettkämpfen anläßlich des 25jährigen Stiftungsfestes des Turn-Vereins zu Trebitz nahm der hiesige M.-T.-V. mit seinen Wetturnern teil und konnte nachstehende Siege erringen:

Turnerinnen (Oberstufe) 3-Kampf
3. Siegerin Frieda Heßler mit 45 Pkt.
Turnerinnen (Unterstufe) 3-Kampf
2. Siegerin Gertraud Härder mit 46 Pkt.
4. Siegerin Minna Schulze mit 41 Pkt.
4. Siegerin Ella Purschwitz mit 41 Pkt.
Geräte 6-Kampf (Jugend)
2. Sieger Erich Möglich mit 95 Pkt.
6. „ Wilhelm Reinecke mit 82 Pkt.
7. „ Max Müller mit 81 Pkt.
8. „ Hermann Schulze mit 79 Pkt.
9. „ Walter Irmer mit 78 Pkt.
9. „ Helmut Koßsch mit 78 Pkt.
10. „ Otto Schütze mit 76 Pkt.
Volkstüml. 3-Kampf (Unterstufe)
7. Sieger Walter Ertlich mit 58 Pkt.
Volkstüml 5-Kampf (Oberstufe)
4. Sieger Richard Reinecke mit 91 Pkt.
Geräte 10-Kampf (Oberstufe)
1. Sieger Hans Ludley mit 178 Pkt
2. „ Willi Arnold mit 170 Pkt.
4. „ Kurt Ludley mit 154 Pkt.
5. „ Hugo Weber mit 151 Pkt.
6. „ Willi Schade mit 146 Pkt.
3000-m-Lauf
1. Sieger Gerhard Schröder in 10,40 Min.
3. „ Karl Hohmeyer in 10,52 Min.
1500-m-Lauf
1. Sieger Paul Gerber in 5,39 Min.
Weitsprung
2. Sieger Werner Weydanz mit 5,87 m.
3. „ Hans Ludley mit 5,64 m.
4×100-m-Staffette
1. Sieger Männer-Turn-Verein Kemberg. (H. Wildau, R. Reinecke, H. Ludley, W. Weydanz). Zeit 47,1 Sek.

* **Deutsche Turnerschaft.** Die Werbe-Vereins-Lotterie der D. T., deren Ziehungen für den 18. Juli, 10. Oktober und 12. Dezember 1929 festgesetzt waren, muß ihre Ziehungstage verändern, weil, besonders in den Großstädten, noch nicht alle Lose abgesetzt werden konnten. Es sind nunmehr die 3 Ziehungstage neu festgesetzt worden. Sie liegen in der Zeit von Ende Oktober bis Anfang November ds. Js. Den Mitgliedern der D. T. kann nicht dringend genug empfohlen werden, ihren Bedarf an Losen baldigst zu decken, da eine dermaßen günstige Lotterie sich ihnen vorläufig nicht wieder bietet. Die Losbesitzer mögen sich bis zu den Herbstterminen der Ziehungen aber noch gedulden.

* **Darf man Porto bei der Begleichung von Rechnungen abziehen?** Jeder Portoabzug ist gesetzlich nichtig und bleibt als Schuld solange bestehen, wie die Schuld unverjährt ist § 270 des Bürgerlichen Gesetzbuches bestimmt ausdrücklich, daß, wenn nicht anders vereinbart ist, der Schuldner Geld auf seine Kosten und Gefahr dem Gläubiger an dessen Wohnsitz übermitteln muß. Demgegenüber sich auf einen entgegenstehenden Handelsgebrauch zu berufen, ist durchaus unzulässig. Demnach darf von einer festgesetzten Summe auch nicht ein Pfennig abgehen.

Wittenberg, 16. August. Die allgemeine Ortskrankenkasse I gibt bekannt, daß die Mitglieder verpflichtet sind, von jetzt 10 Prozert von den Kosten für Arzeneien, Heil- und Stärkungskosten selbst zu zahlen. Bei Erkrankungen infolge Unfall, in „dringenden" Fällen, bei Entbindungen, die ärztliche Hilfe erfordern, sind die Mitglieder von der Bezahlung der anteiligen Kosten befreit, ebenso sind die Arbeitslosen befreit

Torgau, 16 August Einen seltsamen Fang machte die hiesige Polizei vergangene Nacht bei einer Razzia auf dem Bahnhof. Sie trafen dort den 24 Jahre alten mittel- und obdachlosen angeblichen Schornsteinfeger Walter Drill aus Berlin an. In seinem Besitze fand man eine braune Aktentasche mit fünf scharfen Jagdpatronen, die er auf der Landstraße zwischen Torgau und Eilenburg, bei Klitzschen, gefunden haben will. Ferner führte er einen Schlagring und ein Fahrrad mit sich, das vielleicht aus einem Diebstahl stammt, da man vermutet, daß es sich um einen reisenden Verbrecher handelt. Nach erkennungsdienstlicher Amtsgericht zugeführt werden. Das beschlagnahmte Rad ist eine Wanderrennmaschine Marke Su-Co und mit einem Gepäckhalter und einer elektrischen Lichtanlage mit Selbstladebatterie versehen. Die Radglocke trägt die verschlungenen Zeichen D. T.

Bad Salzelmen. (Bier. das seinen Zweck verfehlte.) Ein Magdeburger Lastauto hatte auf der Fahrt nach Calbe Pech. Gleich am Ausgang der Stadt versagte die Steuerung und der Wagen fuhr in den längs der Chaussee fließenden Solgraben. Der Anhänger kippte um und der Inhalt von 1200 Bierflaschen (40 Kasten) mischte sich mit dem Wasser des Solgrabens. Mit zwei Vorspannautos gelang es, den Lastwagenzug wieder flott zu machen.

Schönebeck. (Solidarität.) Einem Landwirt sollte durch den Gerichtsvollzieher die Ernte von vier Morgen Hafer auf dem Halm verkauft werden. Zu der Versteigerung war nicht ein Landwirt erschienen, es waren überhaupt nur zwei Bieter anwesend. Der Wert der Ernte wurde auf 300 Mk. geschätzt. Für 130 Mk erfolgte der Zuschlag.

Merseburg. Ein Erbbegräbnis vor 4500 Jahren. In der Kiesgrube im Schanzenhügel bei Bennungen war man beim Abräumen auf Steinplatten, die Reste eines vorgeschichtlichen Grabbaues, gestoßen. Nachdem ein Teil des Baues durch Herrn Spengler-Sangerhausen im Auftrag der Landesanstalt für Vorgeschichte zu Halle untersucht wurde, wurde der Rest der Anlage vom 23. bis 26. Juli von der Landesanstalt für Vorgeschichte durch Herrn Dr. Grimm planmäßig untersucht. Es handelt sich um ein Erbbegräbnis einer Sippe der jüngeren Steinzeit, und zwar der Walternienburg-Bernburger Kultur (also der Zeit um 2500 v. Chr.). Der Haupttraum des Grabes war etwas über drei Meter lang und ebenso breit und war mit einer vierzig Zentimeter hohen Trockenmauer umgeben. Am Ostende waren die Reste eines anderthalb Meter langen, mit Steinen umsetzten Ganges, der den Zugang zur Kammer bildete. Das ganze war, wie zusammengesunkene Steinplatten beweisen, ursprünglich mit einer Holzdachkonstruktion bedeckt, die mit Steinplatten zugedeckt war. Beim Vergehen des Holzes ist dann der Oberbau des Grabes eingefallen. In dem neu untersuchten Teil des Grabes fanden sich noch dreizehn Schädel und andere Knochen von Erwachsenen und Kindern, so daß im ganzen etwa dreißig Tote beigesetzt waren. Die Skelette und Schädel lagen wirr durcheinander, so daß angenommen werden muß, daß es sich um ein Erbbegräbnis handelt, bei dem bei einer neuen Bestattung jedesmal die Reste der Vorhergehenden in die Ecke geschoben wurden. So fanden sich in der hinterstien Ecke sieben Schädel dicht beieinander. An Beigaben sind die Reste mehrerer Gefäße und eine Reihe durchbohrter Zähne von Fuchs, Wolf und Hund, die aufgereiht als Schmuck getragen wurden, gefunden worden.

Landstraßenhilfe für Autos.
Den Autoführern, die auf der Landstraße eine Panne oder einen Unglücksfall erleiden, soll künftig die Möglichkeit gegeben werden, schnell die erforderliche Hilfe herbeizurufen. In einem Abstand von vier Kilometern ist jedes Mal an einem drei Meter hohen Mast ein verschlossenes Steckelephon in Sprechhöhe angebracht, die mit grünrotem Kreuz kenntlich gemacht sind. Gegen einen geringen Jahresbeitrag erhält jeder Fahrer von der Autohilfe einen Schlüssel zu dem Fernsprechkästchen.

Halberstadt. Bei unvorsichtigem Amherklettern auf dem Klusfelsen ist ein junger Mann abgestürzt. Er fiel dabei so unglücklich, daß ihm der rechte Arm ausgekugelt wurde. Der Verunglückte wurde mit dem Krankenauto ins Salvatorkrankenhaus gebracht. Der Vorfall mahnt zur Vorsicht bei Besteigung der Klusfelsen.

Stendal. Man muß borgen. In der Stadtverordnetensitzung wird jetzt auch über die Aufnahme von zwei Darlehen verhandelt. Für den Ankauf von Gelände an der Nikolaistraße wird nach einer Magistratsvorlage die Aufnahme eines Darlehns in Höhe von 120 000 Mark beantragt.

Beetzendorf. Frühbeisenzeitliche Siedlung. Beim Kiesausschachten für einen Neubau in der Siedlung westlich des Bahnhofs Beetzendorf war man auf Brandreste und Urnenscherben gestoßen. Daraufhin wurde die Stelle von der Landesanstalt für Vorgeschichte zu Halle durch Herrn Dr. Grimm untersucht. Es handelte sich um die Reste einer Siedlung der vorchristlichen Eisenzeit, also etwa um 300 v. Chr. Es wurden die Reste einer Herdstelle und mehrerer Pfostenlöcher aufgedeckt. Interessant war, daß zwei Tragepfeiler eines Hauses auf Granit-Findlingen als Unterlagen standen, die ihrerseits, damit sie fester in dem lockeren Sand stehen sollten, in grünen Ton eingebettet waren. Eine Reihe Gefäßreste, ein Spinnwiertel und der Rest einer Eisennadel wurden dabei aufgefunden.

Weimar. Man vergleicht sich. Der Kleinrentner Wilhelm Miethe, der frühere Besitzer des Schlosses Lobeda im Saaletal, war wegen einer bei ihm im Jahre 1922 zu Unrecht erfolgten Pfändung durch das Finanzamt in Jena zu Schaden gekommen und mit dem Thüringer Staat in Differenzen geraten. Vor kurzer Zeit hatte der Landtag auf Vorschlag der Regierung beschlossen, Miethe mit 5000 Mark abzufinden. Der Geschädigte erhob jedoch gegen diese Regelung Einspruch, da ihm die Abfindungssumme zu gering erschien. Nunmehr ist nach neuen Verhandlungen zwischen Miethe und dem Land Thüringen ein Vergleich zustande gekommen, der seinen Ansprüchen weiter entgegenkommt. Die Angelegenheit hat damit endlich ihren Abschluß gefunden.

Zeitz. Unterschlagung und Selbstmordversuch. Nach einer größeren Unterschlagung versuchte ein Kontrollbeamter von der Landesversicherungsanstalt, der am 1. August von Nordhausen nach Zeitz versetzt worden war, im benachbarten Rasberg sich selbst zu entleiben, was ihm aber mißlang. Ein in der Nähe weilender Oberjandjägermeister konnte sich seiner annehmen und ließ ihn sofort in schwerverletztem Zustande dem Zeitzer Krankenhaus zuführen.

Freiburg. Mit einer Bierflasche erschlagen. Beerensammler haben im Waldgebiet von Wöhrenbach im Distrikt Furtwangen den 42 Jahre alten Landwirt Aug. Dorer, der sie vermutlich aus seinem Walde verweisen wollte und dabei mit den Beerensammlern, vier Männern und einer Frau, in Streit geraten war, mit einer Bierflasche erschlagen, ehe ihm ein Angehöriger zu Hilfe eilen konnte. Die Beerensammler entkamen.

Gotha. Drohender Streik der Rundfunkteilnehmer. Nach Zuteilung einer niedrigeren Wellenlänge ist der Leipziger Sender in ganz Mitteldeutschland nicht oder nur noch sehr undeutlich zu hören. Von den verschiedensten Seiten ist hiergegen schon Beschwerde erhoben worden, leider aber bisher vergeblich. Der hiesige Funkverein, eine der stärksten Vereinigungen von Funkhörern, hatte deshalb zu einer Protestversammlung geladen, in welcher über die bisherigen, ohne Erfolg verlaufenen Schritte zur Abstellung der Mängel berichtet wurde. Man hat die Anregung gegeben, daß die Teilnehmer am Rundfunk den Empfang und die Zahlung der monatlichen Beiträge am 1. Oktober kündigen sollen, wenn bis dahin nicht Abhilfe geschaffen ist. Ungefähr 90 Prozent der Anwesenden verpflichteten sich gleich durch Unterschrift hierzu, und es werden in der Stadt Listen ausgelegt, in welche sich die übrigen Teilnehmer am Rundfunk einzeichnen können. Man hofft auf diese Weise mindestens 1000 Funkhörer zur Kündigung zu veranlassen. Auch den Vereinigungen in anderen Städten Thüringens wird der Protest zwecks Anschlusses zugestellt werden.

Chemnitz. Ueberfall mit gemahlenem Pfeffer. Ein etwa 22jähriger junger Mann hat im Hause Dresdener Straße 70 eine dort bei einer Firma beschäftigte Kontoristin überfallen, ihr gemahlenen Pfeffer ins Gesicht geworfen und versucht, ihr die Aktentasche, in der sie einen von der Bank geholten Geldbetrag verwahrte, zu entreißen. Dies ist ihm aber infolge des tapferen Verhaltens der Kontoristin nicht gelungen. Auf ihre Hilferufe ließ der Täter von ihr ab und flüchtete unter Zurücklassung seiner Mütze in das Haus Petersstraße 3, das vom Hauswirt sofort verschlossen wurde. Der Täter ist als ein in diesem Hause wohnender 24jähriger lediger Arbeiter B. aus Rupersdorf ermittelt und festgenommen worden. Er ist geständig, die Kontoristin schon einige Tage vorher beobachtet zu haben, als sie nach der Bank ging. Nunmehr wollte er seinen Plan ausführen, um Schulden für ein auf Abzahlung gekauftes Motorrad mit dem geraubten Gelde zu bezahlen.

Chemnitz. Umgangene Einstellung des Flugverkehrs nach Marienbad. Die Stadt Marienbad hat auf die Nachricht von der Einstellung des Flugverkehrs auf der Strecke Chemnitz—Marienbad sich zu einer Unterstützung des Flugverkehrs bereit erklärt. Auch die Lufthansa hat gewisse Erleichterungen zugesagt. Es ist dadurch möglich geworden, von der Stillegung der Fluglinie, die infolge der Entziehung der Subvention noch im August hätte erfolgen müssen, vorläufig Abstand zu nehmen.

Leipzig. Die Unregelmäßigkeiten beim Schlachthof. Am 20. August wird vor dem Gemeinsamen Schöffengericht der erste Prozeß beginnen, der sich mit den Unregelmäßigkeiten beim Leipziger Schlacht- und Viehhof befaßt. Angeklagt sind 15 Personen, darunter auch einige Sanitätsbeamte. Die Anklage lautet auf aktive und passive Bestechung und Betrug. Den Angeklagten stehen fünf Verteidiger zur Seite, außerdem sind elf Zeugen und ein Sachverständiger geladen.

Bautzen. Einbrüche. Nachts drangen Diebe in die Räume des großen am Hauptmarkt gelegenen Konfektionshauses der Firma Johann George Pahn ein und stahlen große Mengen Konfektionswaren. Von den Tätern hat man bisher noch keine Spur. Ferner wurde in die Scheuertuchfabrik Bernhard Joachimsthal in Wilthen eingebrochen. Hier stahlen die Diebe aus dem Modehaus R. E. Richter in Neugersdorf ein und entwendeten Waren im Gesamtwerte von etwa 5000 Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819290820-12/fragment/page=0003

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtsparkasse zu Kemberg.

Die Entlastung der Reichsbank hat in der ersten Woche des August weitere Fortschritte gemacht und zwar hat sich die gesamte Kapitalsanlage der Bank um 324 Mill. auf 2566 Mill. verringert. Die Gold- und Devisenbestände haben keine Zunahme erfahren, jedoch ist durch den Rückgang des Geldumlaufes die Gesamtdeckung von 52,5% auf 55,4% gestiegen. Die New-Yorker Federal Reserve Bank hat überraschenderweise ihren Diskontsatz von 5 auf 6% erhöht. Die Verkehrszahlen der Reichsbahn weisen im ersten Vierteljahr des Wirtschaftsjahres 1929 gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres in fast allen Betriebszweigen eine Steigerung auf.

In der Eisen- und Stahlwarenindustrie war im Juli die Lage uneinheitlich und zwar in Süddeutschland im allgemeinen günstiger als in Nord- und Westdeutschland. Der Saatenstand hat sich im Juni gegenüber dem Vormonat kaum verändert. Die Ernteverschätzungen für Preußen lauten auf eine Mittelernte. Der Stand der Futterpflanzen hat sich weiter verschlechtert. Am Arbeitsmarkt setzte sich nach der Stagnation eine geringe Belebung durch. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger ist von 720000 auf 710000 zurückgegangen. Ebenso ist in der Krisenunterstützung ein Rückgang um 38000 auf 153000 festgestellt. Die Wirtschaftslage in Thüringen ist uneinheitlich und zeigt trotz der unter Saisoneinflüssen abnehmenden Zahl der Arbeitsuchenden eine Tendenz zur Verschlechterung. Die Großhandelsindexziffer beläuft sich auf 138,1 gegenüber 138,4% der Vorwoche. Im Monatsdurchschnitt ist der Großhandelsgesamtindex von 135,1 im Juni auf 137,8% im Juli, also um ca. 2% gestiegen.

In der zweiten Hälfte der Berichtswoche konnte sich an der Börse, ausgehend vom Markt der Montanwerte eine freundliche Stimmung durchsetzen. Der Geldmarkt zeigt trotz der stärkeren Beanspruchung zum Medio eine fühlbare Erleichterung.

Luftschiff oder Flugzeug?

Von A. Colsmann.

Angesichts der Weltreise des „Graf Zeppelin" sind die Darlegungen von besonderem Wert, die der frühere Generaldirektor des Luftschiffbaues Zeppelin A. Colsmann, Friedrichshafen, im Verlag August Lincke, Friedrichshafen, hat erscheinen lassen.

Man hat behauptet, daß Deutschland als Land der Mitte für den Luftverkehr besonders günstig gelagert sei. Mir scheint diese Ansicht zu optimistisch, für Transozeanverkehr trifft sie gewiß nicht zu. Umso mehr erscheint es geboten, auch politisch zu nützen, was uns im besonderen gegeben ist. Noch liegt bei uns die Führung in der Entwicklung des Baues und Verkehrs von Luftschiffen.

Wie sehr die Fahrten eines Luftschiffes dem deutschen Ansehen nützen können, melden Berichte aus Athen und Jerusalem.

Das im Frühjahr 1930 fertig werdende Luftschiff wird die Bedingungen, die Dr. Eckener an die Geschwindigkeit und Tragfähigkeit im Interesse der Sicherheit eines Verkehrsunternehmens glaubte stellen zu müssen, erfüllen.

Die weitere Entwicklung der Motoren wird mit der Zeit weitere Steigerung der Geschwindigkeit herbeiführen. Wie bei allen Verkehrsmitteln, wird auch bei Luftschiffen nach und nach Vollkommenes erreicht.

Es schien zweckmäßig, eine Ertragsrechnung für einen voll ausgebauten Verkehr auf einer Transozeanlinie aufzustellen, um mit der Zuverlässigkeit, die heute möglich ist, ein Bild über zukünftige Wirtschaftlichkeit zu gewinnen. Ein Kapitalaufwand von 70 Millionen Mark wird zurzeit für solche Zwecke nur schwer aufzubringen sein, obgleich der Betrag gegenüber dem Anschaffungspreis eines großen Passagierdampfers nicht so erschreckend ist. Die Finanzierung eines Versuches zur weiteren Klärung des Problems scheint gesichert, nachdem der Reichstag die Absicht hat, die zum Bau der Werft in Friedrichshafen erforderlichen Mittel bereitzustellen. Der Kapitalbedarf für den Betrieb mit ein oder zwei Luftschiffen, allerdings ohne die in Zukunft erforderlichen Reserverüstzpunkte, ist größtenteils gesichert.

Es wird darauf ankommen, ob es gelingt, das verkehrsreif werdende Werk Zeppelins in den Verkehr der Welt so einzuschalten, daß deutsche Interessen dabei ausreichend Berücksichtigung finden. Gelingt das nicht, werden andere ernten, was Deutsche gesät haben.

Auch im Flugzeugbau ging der Zeppelinkonzern eigene Wege. Es ist wenig bekannt, daß auch die Entwicklung des Riesenflugzeuges der Initiative des Grafen Zeppelin entstammt.

Die Rücksicht auf die Motorschwächen veranlaßten den Zeppelinkonzern, schon bei Kriegsende den Bau eines viermotorigen Flugzeuges zu versuchen. Dr. Rohrbach, ein Mitarbeiter Dorniers, erhielt den Auftrag, in Staaken eine Landmaschine ganz in Metall zu bauen. Die Motoren waren im Flügel gelagert und während des Fluges zugänglich. Beim Versagen von zwei Motoren sollte das Flugzeug noch zu halten sein. Die letztere Bedingung wurde nicht erfüllt. Immerhin flog die Maschine mit Erfolg. Unter Aufsicht der Fachleute der Entente, die großes Interesse für dieses Problem zeigten, durften die Versuche bis nach den ersten Probeflügen durchgeführt werden, dann wurde die Maschine außer Dienst gestellt. Von seiten der Alliierten kam die eigentümliche Bestimmung heraus, daß die Maschine weder verkauft, noch verschenkt werden dürfe. Man wollte nicht, daß der Konzern über Mittel zur Fortsetzung seines Strebens auf diesem Gebiete verfüge.

Die Bestimmungen des Friedensvertrages machten bald der Entwickelung des Großflugzeugbaues auch bei uns ein Ende.

Dr. Dornier hat nunmehr ein Flugboot größter Ausmaße in Bau genommen, dessen Motorenreserve, wenn beste Motoren Verwendung finden, normalerweise ausreichen sollte.

Theoretisch berechnet müßten solche Flugboote in der Lage sein, bei Windstille mehr als vier Tonnen zahlende Last auf Strecken von 3000 Kilometer zu befördern, womit unter Umständen die Möglichkeit gegeben wäre, ausreichende Nutzlast über die Ozeane zu tragen. Theorie nützt aber auch hier nichts, hart, auch im Luftraum, stoßen sich die Sachen. Das Problem der Entwicklung des wirtschaftlichen Fluges ist zu einem guten Teil zu einer Motorenfrage geworden, selbstverständlich sind auch noch andere Aufgaben zu lösen, bis ein Verkehr mit Flugzeugen auch über die Ozeane möglich und wirtschaftlich werden kann.

Ein Flugzeug muß seinen Betriebsstoff selbst tragen, das Luftschiff hat zu diesem Zwecke Gas, mit Größe und Zahl der Motoren wächst beim Flugzeug der Betriebsstoffverbrauch. Es geht ihm wie dem Kamel in der Wüste, welches auch seinen eigenen Betriebsstoff tragen muß, das große Kamel kommt nicht viel weiter als das kleine. Ein Großflugzeug, wie Do. X., von dem man eine Reisegeschwindigkeit von 180 Kilometer-Stunden erwartet, hat, um etwa 3000 Kilometer bei Windstille zurücklegen zu können, einen Bedarf von über 16 Tonnen Betriebsstoff, wobei mit 5,5 Kilogramm-Kilometer Betriebsstoff zu rechnen ist, und für zahlende Last 4000 Kilogramm verbleiben.

Für größte Flugboote im Weltverkehr eröffnen sich zahlreiche Möglichkeiten, die sich ungefähr im Bereich der zweiten Streckengröße bewegen, die von Professor Dr. Pirath mit 1000 Kilometer bemessen wurde; vielleicht werden sie auch darüber hinaus noch ausreichend sein. Auf Strecken großen Verkehrs werden sie wirtschaftlicher sein können als eine entsprechende Zahl kleinerer Flugboote.

Die Ansicht, daß Deutschland als Land der Mitte besonders günstig für Flugverkehr liegen, muß auch in bezug auf den Fernflug mit Flugbooten einer Revision unterzogen werden. Für den Weg nach Osten und Südosten mag sie zutreffen, Verkehr über Nord- und Ostsee ist Nahverkehr.

Während ein Zweifel kaum noch besteht, daß, von besonderen Ausnahmen abgesehen, Flugverkehr nur auf Fernstrecken der Wirtschaftlichkeit nähergebracht werden kann, gehen die Ansichten darüber auseinander, ob Sicherheit und Wirtschaftlichkeit mit größten Flugbooten eher möglich ist als mit kleineren Apparaten. Es kann sein, daß auf Strecken großen Verkehrs sich Aufgaben finden, die für das Großflugboot günstiger liegen, während Strecken mit weniger dichtem Verkehr mit kleineren Flugzeugen vielleicht wirtschaftlicher ausgenützt werden können.

Es würde zu weit führen, auf die Möglichkeiten eines Weltverkehrs mit größten Flugbooten hier einzugehen. Hoffentlich geht aus der Krise, welche der deutsche Luftverkehr zurzeit durchmacht, eine Organisation hervor, die sich auch den Weltaufgaben mit Großflugbooten mit Erfolg zuwenden kann.

Hüttendirektor verschwunden.

Verbrechen oder Selbstmord?

= Köln, 18. August.

Allgemeines Aufsehen erregt in Westdeutschland das Verschwinden des Hüttendirektors Wilhelm Bögel aus Essen.

Wie die Kriminalpolizei mitteilt, fand vor einigen Tagen ein Spaziergänger am Rhein einen zerbrochenen Herrenschirm und außer anderen Sachen Papiere, die auf den Namen des Hüttendirektors Bögel-Essen lauteten. Wie festgestellt wurde, hat sich Bögel zuletzt am 14. August in geschäftlichen Angelegenheiten in Düsseldorf aufgehalten. Einem Angestellten des von ihm dort benutzten Hotels hat er noch abends gesagt, daß er nach Köln müsse. Seitdem fehlt jede Spur. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Bögel einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist, zumal Anzeichen für einen beabsichtigten Selbstmord nicht vorhanden sind. Wenn auch der Verdacht nicht von der Hand zu weisen ist, daß Bögel im Rhein ertrunken ist, so besteht trotzdem die Möglichkeit, daß er auf andere Weise verschwand.

Wieder eine Grubenkatastrophe.

Insgesamt 16 Knappen zu Tode gekommen.

D Kattowitz, 18. August.

Anscheinend durch Ausblasen von Sprengschüssen oder durch Explosion einer Sprengstoffbüchse beim Bereiten von Patronen ist eine Kohlenstaubexplosion im Gerhard-Flöz des Hildebrand-Schachtes hervorgerufen worden, wobei 16 Bergleute zu Tode gekommen sind

Explosion im rumänischen Petroleumgebiet.

Bukarest, 18. August.

Bei den Arbeiten zum Löschen des großen Petroleumbrandes in Moreni entstand in einem Schacht eine schwere Explosion. Die Erschütterungen waren auf weite Entfernungen spürbar.

Bis jetzt wurden 13 schwerverletzte Arbeiter geborgen. Nach Ansicht der Fachleute ist es infolge der Explosion nicht mehr möglich, den Riesenbrand zu löschen. Man rechnet damit, daß der Brand noch einige Monate fortdauern wird.

Alle Berufs-, Unterhaltungs- und Mode-Zeitschriften
liefert **Richard Arnold,** Buchhandlung, Leipzigerstr.

Zerbster Lose Ziehung am Mittwoch
sind noch vorrätig bei
Richard Arnold, Buchhandlung, Kemberg

2 große Zimmer
zu vermieten. Auskunft in der Geschäftsstelle d. Bl.

Einige Ztr. Stroh
kauft
Fr. Reinecke, Anhalter Str. 15

August-Aepfel
hat abzugeben
Härta, Gaditz

Motorräder
bei
Auto-Heinze
Größte Auswahl Großes Lager
Besichtigen Sie die Ausstellungen.
R. O. Heinze, Wittenberg
Fernruf 2040

Zahn-Atelier
Fr. Genzel
Dentist.
Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen
Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgam
Anfertigung künstlicher Zähne in Kautschuck, Gold u. unechten Metallen, sowie
Kronen, Brückenarbeiten und Stiftzähne.
Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Prima frisches
Hammel- und Rindfleisch
frische Flecke
empfiehlt **R. Krausemann**

Frisches
Hammelfleisch
empfiehlt **Willy Rätz**

Frisches
Hammelfleisch
empfiehlt **Louis Richter**

Ein kompletter
Photo-Apparat
(Steinheil)
wegen Aufgabe des Sportes abzugeben. Näheres Geschäftsstelle

Ehem. 27er
Betr. gemeinsamer Fahrt nach Halberstadt zur Denkmalsweihe am 31. August und 1. September
Mittwoch, den 21. August,
abends halb 9 Uhr
Besprechung
im „Blauen Hecht"
Paul Raeke

9. Volkswohl-Lotterie
Ziehung: 11.—17. September 1929
Gewinne im Werte von 430000 M.
Auf Wunsch 90% in bar
Los 1 M., Doppellos 2 M.
Zu haben bei
Richard Arnold, Buchhandlung, Leipzigerstr.

Am 16. August starb nach Gottes Ratschluß der Kirchenälteste und Patronatsvertreter in Gniest

Friedrich Heinrich.

Mit vorbildlicher Treue hat er in drei Jahrzehnten seines Amtes gewaltet. Sein Andenken wird bei uns in Ehren bleiben. Der Herr aber lasse ihm nach seiner Gnade leuchten ewiges Licht.

Rotta, den 19. August 1929

Der Gemeindekirchenrat
I. A.
Schulze, Pfarrer, Vakanzverwalter
Müller. Thiele. Braunsdorf. Heinze

Für die vielen Beweise der Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden beim Hinscheiden unseres lieben Entschlafenen sagen wir hierdurch unsern herzlichsten Dank. Ferner danken wir Herrn Pfarrer i. R. Reichhardt für die Trostesworte und Herrn Kantor Herrig nebst Schulkindern für den erhebenden Gesang.

Rotta-Grubelsmühle, den 17. August 1929

Familie Frieser

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold, Kemberg — Fernsprech-Nr 203

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819290820-12/fragment/page=0004

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: „Landmanns Sonntagsblatt" und „Illustriertes Unterhaltungsblatt". — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung, Streik usw. erlischt jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., die 3gespaltene Reklamezeile 40 Pfg., Auskunftsgebühr 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Wiedergabe undeutlich geschriebener oder durch Fernsprecher aufgegebener Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10,— Mk. das Tausend, zuzüglich Postgebühr. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 98 — **Dienstag, den 20. August 1929** — **31. Jahrg.**

Neues in Kürze.

* **Wenn auch der englische Schatzkanzler Snowden auf seinem Schein besteht, so ist doch noch nicht jegliche Hoffnung auf Verständigung mit den übrigen Mächten in der Frage des Verteilungsschlüssels geschwunden.**

* **Frankreich sucht durch neue Verschleppungsmanöver immer wieder die endgültigen Räumungstermine wohl in Hinblick auf die Schwierigkeiten im Finanzausschuß hinauszuzögern.**

* **Auf seiner bisher von Glück begünstigten Fahrt wird, um an Betriebsstoff zu sparen, „Graf Zeppelin" zeitweise mit nur drei Motoren in Gang gehalten.**

* **Bulgarien, hinter dem Italien schützend steht, hat beim Völkerbund energische Beschwerde gegen die serbische Regierung eingereicht.**

Der Bauernschreck des Abbruchs.

August.
mig als
eines Ab-
der Mög-
inter den

klärt, die
en, wenn
hsses die
geschränkt
zös. Auf
r Versuch
n, mit der
pungsplans
ich zustan-
ß die sta-
grund der
end einem
sse machen

onnabend-
che zu ver-
jedoch zur
Lage der
er die drei
Aussprache

en, womit
In einem
Vollkonfe-
ßt auf un-
Festsetzung,
nes in der
neuer Zu-
Oktober in

Genf oder im Haag in Aussicht genommen werden.

Die deutsche Auffassung . . .

In Kreisen der deutschen Abordnung wird die Lage weit weniger pessimistisch beurteilt, als dies bei sämtlichen anderen Abordnungen der Fall ist. Man ist der Auffassung, daß ein Scheitern der Konferenz im Hinblick auf die außerordentliche Bedeutung der zur Verhandlung stehenden Fragen unmöglich sei und daß keine Regierung hierfür die Verantwortung auf sich nehmen werde.

Nach wie vor ist festzustellen, daß eine Einigung in den finanziellen Fragen jeden Augenblick möglich ist, falls Frankreich sich zu Zugeständnissen bereitfindet. Das ist tatsächlich der einzige Ausweg aus der gegenwärtigen Krise. Ob er beschritten werden wird oder nicht, hängt jetzt von der endgültigen Stellungnahme der französischen Regierung ab.

. . . und unsere Belange?

Die Hauptfragen dieser Konferenz, die endgültige Räumung der Rheinlande und die Saarfrage sind durch die englisch-französische Krise völlig in den Hintergrund gerückt worden. Wenn jetzt nicht in letzter Stunde von deutscher Seite mit aller Entschiedenheit die Forderung in den Vordergrund gerückt wird, daß unabhängig von dem Scheitern oder Nichtscheitern der finanziellen Fragen die Konferenz zu endgültigen Beschlüssen in der Rheinlandfrage kommen muß, so ist nicht abzusehen, welche Form überhaupt eine Entscheidung über die Rheinlandräumung haben wird.

Die Lage, in der sich Deutschland auf der Konferenz befindet, ist außerordentlich bedenklich. Der Streit zwischen England und Frankreich kann für Deutschland in keiner Weise irgend einen Nutzen bringen. Es scheint daher jetzt der Zeitpunkt gekommen zu sein, wo auf deutscher Seite die Initiative ergriffen werden muß.

Dialog Stresemann—Briand.

Dr. Stresemann und Briand hatten eine Besprechung, die 1¼ Stunde dauerte. Ueber den Inhalt der Unterredung wird von deutscher Seite folgendes mitgeteilt:

Die beiden Minister haben sich über die Konferenz, ihren gegenwärtigen Stand und über alle damit zusammenhängenden Fragen einschließlich der finanziellen Fragen unterhalten. Es wurde ferner die weitere Prozedur der Verhandlungen und die Notwendigkeit einer weiteren Fortsetzung der Beratungen erörtert. Minister Briand teilte Dr. Stresemann mit, daß er sich in ständigen Besprechungen mit seinen Herren bezüglich der Bekanntgabe des Endtermines der Rheinlandräumung befände und sich bemühe, diesen Termin möglichst bald mitteilen zu können. Es wird ferner mitgeteilt, daß die Räumung der zweiten Zone zu einem früheren Zeitpunkt eintreten werde, als man bisher erwartet hat. Es wird auch eine Aussprache zwischen Dr. Stresemann und dem englischen Außenminister Henderson stattfinden.

*

Aus dieser Mitteilung geht hervor, daß zwischen den beiden Außenministern auch die Frage der Fortsetzung der politischen Verhandlungen erörtert worden ist. Wie bekannt, wurde in der letzten Beratung der vier Besatzungsmächte vereinbart, daß die Abordnungen Englands, Frankreichs und Belgiens am Sonnabend den Termin der endgültigen Räumung bekanntgeben würden.

Londoner Stellungnahme zu den Ereignissen.

London, 17. August.

Auf Grund der aus dem Haag vorliegenden Berichte beurteilt man in maßgebenden Kreisen Londons die

Möglichkeiten einer Einigung

in letzter Minute sehr zurückhaltend. In Uebereinstimmung mit der englischen Haltung bei allen solchen Gelegenheiten vermeidet man es, sich durch Extreme optimistischer wie pessimistischer Art beherrschen zu lassen, doch ist unverkennbar, daß die Unterbrechung der Konferenzarbeiten nicht mehr überraschen würde.

Die Stellung zu den Finanzfragen

wird hierdurch fürs erste nicht beeinflußt. Auch für später ist ein Frontwechsel unwahrscheinlich. In den politischen Fragen ist die Entwicklung gleichfalls eindeutig. Es besteht kein Grund, etwa anzunehmen, daß England nach dem Scheitern der Konferenz sein Räumungsversprechen nicht durchführen werde.

Die Sonderräumung

gilt zwar nach wie vor als eine wenig befriedigende Lösung, daß sie aber, wenn ein anderer Ausweg nicht mehr bleibt, erfolgen wird, erscheint sicher. In beiden Fragen hat ein negativer Ausgang der Haager Konferenz für die englische Regierung gewisse taktische Nachteile. Sachlich ist ihre Stellung aber so stark, daß alle Hoffnungen,

die Zermürbungstaktik

werde schließlich doch Erfolg haben, eine sehr gewagte Spekulation darstellt. Die weitere Entwicklung läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen. Macdonalds Anwesenheit in Genf während der Herbsttagung würde wahrscheinlich neue Momente bieten. Jeder Versuch eines Ausspielens seiner Person gegen Snowden und Henderson müßte aber mit einem Fehlschlage enden.

Der Danziger Salut.

Polens Stellung zu Danzig bedarf der Klärung.

Danzig, 17. August.

Der Zwischenfall bei dem Besuch eines italienischen Geschwaders in Danzig, wo der polnische Vertreter dem Senatspräsidenten den Anspruch auf die einem Staatsoberhaupt zukommenden 21 Salutschüsse abstritt und wo eine peinliche Komplikation nur durch das Einlenken der Danziger Regierung vermieden wurde, hat ein diplomatisches Nachspiel.

Der polnische diplomatische Vertreter in Danzig hat an den Danziger Senat eine Note gerichtet, in der er einzulenken versucht und erklärt, daß seine Haltung sich nicht auf die Verfassung oder das Statut der Freien Stadt Danzig beziehe, womit er offenbar sagen will, daß der polnische Einspruch keine Anzweifelung der staatlichen Souveränität Danzigs habe darstellen sollen. Die polnische Note macht dann den Vorschlag, mit dem ihr allerdings Danzig bereits vorausgegangen ist, die Entscheidung über diese strittige Frage dem Kommissar des Völkerbundes zu übertragen.

*

Wenn die polnische Note mit der Wendung schließt, Polen würde sich einem grundsätzlichen Verzicht Danzigs auf derartige Ehrenbezeugungen durch Kriegsschiffsalut gern anschließen, so ist das eine recht nette und von der Einsicht in die polnische Ueberspannung der Angelegenheit zeugende Wendung. Nachdem aber einmal durch das in einem peinlichen Moment erfolgte schroffe Auftreten des polnischen Vertreters die grundsätzliche Frage der Danziger Staatssouveränität zur Diskussion gestellt worden ist, wird es nötig sein, unter richtiger bescheidener Einschätzung des Einzelfalles diese Frage auch ein für allemal grundsätzlich zu klären, worauf Danzig gerade Polen gegenüber mit Recht Wert legt.

Parteien und Arbeitslosenversicherung

Neue interfraktionelle Verhandlungen.

Berlin, 17. August.

Die Verhandlungen der Fraktionsführer mit den in Berlin verbliebenen Mitgliedern der Reichsregierung, die in der Reichskanzlei stattfanden, haben die Arbeitslosenversicherungsreform nicht voran geführt, doch ist eine Klarheit über die gegenwärtige Situation geschaffen worden. Diese Situation wird dadurch gekennzeichnet, daß der Reichsarbeitsminister einen

Entwurf der Reichsregierung

vorgelegt hat, der in einer Anzahl von Punkten hinter den Beschlüssen des Sachverständigenausschusses zurück bleibt, und der infolgedessen, um das finanzielle Loch stopfen zu können, eine Beitragserhöhung von ¾ Prozent vorschlagen mußte. Dieser Entwurf hat im Kabinett keine Annahme gefunden, und zwar haben sich auch die Zentrumsminister gegen den Entwurf ausgesprochen. Das Kabinett war aber weiterhin der Auffassung, daß eine vorgeschlagene Vertagung der ganzen Angelegenheit bis nach der Haager Konferenz untragbar sei, und infolgedessen wurde beschlossen,

die Fraktionsführer der Regierungsparteien

zusammenzurufen. Auch der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses, der Zentrumsabgeordnete Esser, versagte sich den Vertagungswünschen, sondern bestand auf der Einberufung des Sozialpolitischen Ausschusses, der aber vor der Hand politische Entscheidungen noch nicht fällen kann, da jetzt erst die Führer der Fraktionen miteinander Fühlung zu nehmen haben.

Es ergibt sich die merkwürdige Lage, daß der Reichsarbeitsminister zwar einen Entwurf in der Tasche hat, den er aber nicht vertreten kann, da das Reichskabinett sich nicht hinter diesen Entwurf gestellt hat. Die beiden Hauptschwierigkeiten, über die jetzt eine Einigung erfolgen muß, ist die Frage der Saisonarbeiter und der allgemeinen Herabsetzung der Leistungen.

Selbst wenn ein Kompromiß geschlossen werden sollte, das eine Beitragserhöhung statt ¾ Prozent um ½ Prozent vorsieht, so besteht doch leider darüber kein Zweifel, und diese Auffassung wurde auch von finanzpolitischer Seite bestätigt, daß es sich dann **nicht nur um eine vorübergehende Heraufsetzung der Beiträge handele, sondern es muß damit gerechnet werden, daß dann diese Beiträge auch für das Jahr 1930 bestehen bleiben werden.** In der Fraktionsführersitzung erstattete überdies an Stelle des sozialdemokratischen Finanzministers Hilferding Staatssekretär Popitz einen Bericht über

die Finanz- und Kassenlage des Reiches

Er wies u. a. darauf hin, daß, falls die Haager Konferenz uns finanzielle Erleichterungen bringen würde, über einen großen Teil schon vorweg disponiert werden müsse, da das Defizit des Reichshaushalts, das von 1928, spätestens im nächsten Jahr gedeckt werden müsse. Dieses Defizit beträgt 154 Millionen Mark. Weiterhin wird das Defizit des gegenwärtigen Rechnungsjahres auf 260 Millionen Mark geschätzt. Es muß aber unter Umständen auch noch mit größeren Summen gerechnet werden.

Das Saarmemorandum.

Gruben, Zollunion und Frankenwährung.

Saarbrücken, 17. August.

Das deutsche Memorandum zur Regelung der Saarfrage behandelt zunächst den Rückkauf der Saargruben durch Deutschland. Hierbei kommt in Betracht die Anlage zum Versailler Vertrag, in der bestimmt ist, daß Deutschland bei der Rückkehr des Saargebiets die Eigentumsrechte Frankreichs auf die Bergwerke zurückzukaufen hat. Ein weiterer Punkt behandelt das zoll- und handelspolitische Uebergangsregime, da es erforderlich ist, das Saargebiet aus der Zollunion mit Frankreich zu lösen, in der es jetzt steht, und da weiterhin die Ablösung der französischen Frankenwährung durch die Markwährung vorgenommen werden mußte.

Im Versailler Vertrag ist zwar für die Regelung der Rückkaufsfrage eine Kommission aus drei Sachverständigen vorgesehen, aber diese Bestimmungen des Versailler Vertrages gelten ohnehin als überholt und für die Ueberlastung der Zoll- und Währungsverhältnisse bestehen überhaupt keine Bestimmungen, da die Einführung der Frankenwährung und die Eingliederung des Saargebiets in das französische Zollgebiet erst in späteren Jahren vorgenommen worden ist.

Snowdens Ultimatum.

Kompromiß, aber kein Krach.

Berlin, 18. August.

Es hat noch keine politische Konferenz gegeben und auch noch keine wirtschaftliche, bei der nicht ein paar Tage lang die Dinge auf des Messers Schneide standen.

Auf Biegen oder Brechen.

Man erinnert sich, daß bei der Sachverständigenkonferenz in Paris die Kabel bereits das Scheitern verkündeten und daß dann doch noch der Weg zurückgefunden wurde, der schließlich zum Ziel geführt hat. Zwischen Paris und dem Haag gibt es eine entscheidende Parallele: auch die Gläubiger können ebenso wenig wie der Schuldner Deutschland ein Scheitern der Konferenz vertragen. Sie stehen unter dem Zwang, zu jener Liquidierung zu kommen, die Frankreich zur Parole gemacht hat. Die Situation, so verfahren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61173089819290820-12/fragment/page=0005